

8. Juli 2000
Kurier

Straßenbau macht mobil: Protestaktionen der Grünen

Verlängerung der Südumfahrung durch Lobau befürchtet / „Transit-Hölle“ wird bestritten

VON GERHARD KRAUSE

Der zuletzt demonstrierte Optimismus der ÖSAG-Straßenbauer zur B-301-Südumfahrung hat Wiens Grüne mobil gemacht. Ohne sich dabei den eigenen Pessimismus anmerken zu lassen, zieht man in zu schützende GrünReservate und fordert lautstark und massiv: „Hände weg von der Lobau.“

Dass Straßenbau auf grünen Widerstand stoßen muss, liegt auf der Hand. Um so mehr, wenn es um ein Projekt geht, das einen existierenden Nationalpark mitten in Wien berührt. Trotz Dementis, zuletzt im Gemeinderat von Bürgermeister Häupl – „Durch die Lobau wird es keine Autobahn geben“ – taucht das Projekt einer Lobauquerung immer wieder auf. Einmal als (zu tuere) Tunnelvariante, dann wieder als Hochleistungsstraße in Randlage. Und tatsächlich hat die Planungsgemeinschaft Ost bereits mehrere Varianten untersuchen lassen. Im Juni ist die Verbindung sogar neu in das Bundesstraßengesetz aufgenommen worden. Was freilich noch nicht den Bau bedeutet, wie gescheiterte Straßenprojekte in Wien beweisen.

Die neuen Autobahn-Ängste der Grünen hängen mit dem Optimismus der B 301-Planer zusammen: Die Verbindung macht nämlich erst Sinn, wenn der Straßenring im Norden und Nordosten Wiens geschlossen wird.

Günter Kenesei (Grüne) glaubt auch dagegen ein schlagendes Argument parat zu haben. Laut offizieller Verkehrszählung liege der Anteil des gefürchteten Lkw-Transits durch Wien nämlich nur bei 2 Prozent: „Für 1500 Fahrzeuge eine Autobahn – das ist Schwachsinn.“

Und zu erwarteten Steigerungen mit der EU-Osterweiterung meinte er: „Nein, vier Prozent werden wir auch noch aushalten.“

Die Grünen schlagen daher statt neuen Straßen eine Optimierung des öffentlichen Verkehrs sowie eine Effizienzsteigerung im Wirtschaftsverkehr vor und bieten Infos und Unterschriftenlisten im Internet unter www.lobauautobahn.at an.

SP-Verkehrssprecher Reiter und VP-Planungssprecher Pfeiffer lehnen die „Njet-Politik“ der Grünen zu Straßenprojekten ab und fordern für Wien Umfahrungsstraßen, wie sie anderswo längst existieren.